

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig berichtet, sich schriftlich an die Koblenzer Behördenleiter sowie die Landräte und Bürgermeister der Region gewandt zu haben und um Unterstützung zum Erhalt der Seilbahn gebeten. Darauf habe er viele außerordentlich positive Antworten bekommen.

Leider habe aber der bischöfliche Generalvikar mitgeteilt, sich der Aktion nicht anschließen zu können, da die Pfarrkirche St. Kastor nach Meinung der kirchlichen Denkmalpflege durch die Talstation der Seilbahn beeinträchtigt werde. Insbesondere werde das Erscheinungsbild des Chores der Pfarrkirche beeinträchtigt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt weiter aus, dass die Firma Doppelmayr am Vortag folgendes schriftlich mitgeteilt habe: „Bei unserem Treffen am 22. Oktober 2012 in Koblenz haben Sie mich um ein positives Signal der Firma Doppelmayr (Skyglide) für Verlängerung des Betriebes der Seilbahn für vorerst zwei weitere Jahre gebeten. Dadurch soll ausreichend Zeit gewonnen werden, um die Genehmigungsfähigkeit aus Sicht des Weltkulturerbes und des Denkmalschutzes für den Betrieb über einen längeren Zeitraum zu prüfen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Grundsätzlich können wir uns aus heutiger Sicht eine Betriebsverlängerung der Seilbahn für 10 Jahre vorstellen. Eine mögliche Betriebsverlängerung über einen längeren Zeitraum hängt im Wesentlichen bekanntlich von der Zustimmung des Weltkulturerbes ab. Nach Ihren Aussagen ist eine verbindliche Zusage des Weltkulturerbes für eine vorerst zweijährige Verlängerung des Betriebes bis Januar/Februar 2013 vorstellbar. Maßgeblich für die Entscheidung einer Verlängerung des Betriebes von Seiten Doppelmayr (Skyglide) ist aber auch Ihre Zusage, dass sich die Stadt Koblenz um die notwendigen Genehmigungen bemüht und alles unternimmt, um einen ordnungsgemäßen Betrieb der Seilbahn über einen längeren Zeitraum zu ermöglichen. Wird allseits einem Betrieb 2014 und 2015 zugestimmt, können auch aus unserer Sicht im Anschluss daran die Gespräche für eine längerfristige Betriebsverlängerung geführt und entsprechende Verträge ausgearbeitet werden. Die Einschränkung, dass einem längerfristigen Betrieb nicht zugestimmt wird und die Anlage endgültig 2015 abgetragen werden muss, bleibt vorerst bestehen. Wie vereinbart, werden wir uns zwischenzeitlich mit den Inhalten für eine Vertragsverlängerung beschäftigen und Ihnen erste Vorschläge baldmöglichst übergeben.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fasst zusammen, dass die Unterschriftenaktion der Freunde der Bundesgartenschau nun im Hinblick auf das Votum der kirchlichen Denkmalpflege wichtiger denn je sei. Es sei imposant, dass die Freunde der Buga innerhalb der nur vier Aktionswochen, 19.000 Unterschriften sammeln konnten.

Für die Verhandlungen mit der kirchlichen und der staatlichen Denkmalpflege sowie der ICOMOS sei es wichtig, dass der Stadtrat wie auch die Bevölkerung seine Auffassung klar artikuliere. Für die klare Botschaft von Doppelmayr könne man dankbar sein. Es werde nur die Unterstützung im Verfahren gefordert, kein Geld.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke teilt mit, dass man der Pfarrgemeinde St. Kastor einen Brief in dieser Angelegenheit geschrieben habe. Allerdings könne er sich nach den Äußerungen des Generalvikars vorstellen, dass die Gemeinde sich ablehnend äußern werde.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer führt aus, dass es nun die Aufgabe der Stadt sei, das Bauleitplanverfahren fortzuführen und hofft, auch die Denkmalpflege noch überzeugen zu

können, da die Basilika St. Kastor erst durch den Bau der Talstation wieder ins Rampenlicht gekommen sei.

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Wiechmann, spricht sich ebenfalls für einen Erhalt der Seilbahn aus. Allerdings sei allen klar, dass der Weiterbetrieb für die Stadt keine zusätzlichen Kosten verursachen dürfe. Deshalb solle dies auch in der Resolution deutlich werden. Auch könne man nicht über einen Verlust des Weltkulturerbestatus diskutieren. Dies wolle keiner.

Diese beiden Punkte halte er für selbstverständlich, weshalb man sie in die Resolution integrieren sollte und er folgende Änderung vorschläge: „Der Stadtrat spricht sich – vorbehaltlich der noch zu klärenden Finanzierung und der Verträglichkeit mit dem Status des Weltkulturerbes – für den Erhalt der Seilbahn aus. Eine Finanzierung durch den städtischen Haushalt wird ausgeschlossen.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt zur Verdeutlichung folgende Formulierung vor: „Der Stadtrat spricht sich – vorbehaltlich der noch zu klärenden Finanzierung und der Verträglichkeit mit dem Status des Weltkulturerbes – für den Erhalt der Seilbahn aus. Eine Finanzierung der Betriebskosten durch den städtischen Haushalt wird ausgeschlossen.“

Rm Altmaier (SPD) dankt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig für seine Bemühungen in dieser Angelegenheit und führt aus, dass es auch im Interesse der ICOMOS sein müsse, dass Denkmäler, hier die Festung Ehrenbreitstein mit der Seilbahn, erlebbar blieben. Die gestiegenen Besucherzahlen der Festung seien nur durch die Seilbahn möglich gewesen.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid teilt mit, dass man ebenfalls besorgt gewesen sei, dass es ggf. zu einem Betriebskostenrisiko für die Stadt kommen könne. Könne dies durch Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig als Kämmerer ausgeschlossen werden, so könne man der Vorlage zustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt, dass es zu keiner Übernahme der Betriebskosten durch die Stadt kommen werde, insofern könne die BIZ-Fraktion der Vorlage zustimmen und ihn beim Wort nehmen.

Rm Schupp (FDP) stellt für die FDP-Fraktion den Antrag die Passage „und der Verträglichkeit mit dem Status des Weltkulturerbes“ im Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu streichen. Er sei der Auffassung, dass die Seilbahn der Stadt Koblenz mehr Touristen beschere, als der Status des Weltkulturerbes.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erläutert, zunächst über den ersten Teil des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „und der Verträglichkeit mit dem Status des Weltkulturerbes“ abstimmen zu lassen.

Dieser wird mehrheitlich angenommen.

Der zweite Teil des Antrages „Eine Finanzierung der Betriebskosten durch den städtischen Haushalt wird ausgeschlossen“ wird ebenfalls mehrheitlich beschlossen.

Der so geänderte Beschlussentwurf wird einstimmig beschlossen, wofür Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sich ausdrücklich bedankt.